Anzug betreffend die Verbesserung der Situation von Sans-Papiers

05.8256.01

Sans-Papiers leisten für unsere Gesellschaft unentbehrliche Arbeit - meistens zu unwürdigen Bedingungen. Im Auftrag des Bundsamts für Migration hat die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung (gfs) eine Studie zum Thema "Sans-Papiers in der Schweiz" erstellt. Die Studie hatte den Auftrag, eine Schätzung der Anzahl Personen vorzunehmen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere in der Schweiz leben, aber auch Auskunft darüber zu geben, woher diese Menschen kommen, in welchen Branchen sie arbeiten und wie sie hier leben. Die prekäre Situation der Sans-Papiers, verursacht durch Ausbeutung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, durch fehlenden Zugang zur Gesundheitsversorgung und zur Einschulung der Kinder etc. kommt in der gfs-Studie deutlich zur Sprache.

Die Schätzungen von Zahlen aus sechs Kantonen (Zürich, Basel-Stadt, Thurgau, Genf, Waadt und Tessin) wurden auf die gesamte Schweiz extrapoliert und so ca. 90'000 Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus für die Schweiz angenommen. Die Expertinnen sind sich mehrheitlich darin einig, dass diese Zahlen in nächster Zukunft steigen könnten. Für den Kanton Basel-Stadt geht die gfs-Studie von ca. 5 000 Personen aus. Damit stimmt sie mit den Schätzungen der Studie "Leben und arbeiten im Schatten - die erste detaillierte Umfrage zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sans-Papiers in der Deutschschweiz" überein, die von der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel und der GBI 2004 erstellt wurde.

Die Verfasserinnen der gfs-Studie erklären, dass mit ihrer Arbeit nun zwar eine genauere Schätzung der Zahlen vorliege, dass aber die daraus zu resultierenden Schlussfolgerungen noch zu ziehen seien. Um die Problematik anzugehen, sei es wichtig, dass sich eine politische Diskussion ergebe, welche die Meinungen und Anliegen sowohl der Behörden und Arbeitgeberinnen, als auch der Unterstützungsorganisationen für Sans-Papiers und der Wissenschafterinnen einbeziehe. Grosse Bedeutung messen sie der Ausarbeitung eines Monitorings zu, damit Informationen zu bestimmten Zeitpunkten miteinander verglichen werden können. So könnten - auf Grund der konjunkturellen Entwicklung - die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt besser eingeschätzt werden.

Vor diesem Hintergrund bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- welche weiteren Massnahmen für einen humaneren und arbeitsmarktgerechteren Umgang mit Sans-Papiers im Kanton Basel-Stadt ergriffen werden können (Differenzierte Studie, Runder Tisch mit Expertinnen gemäss Vorschlag gfs-Studie, unabhängiges Härtefallgremium, Monitoring-Instrumente etc.)
- wie er die Zusammenarbeit mit den involvierten Nachbarkantonen (Form und Aspekte) zur Problematik der Sans-Papiers in der Region definiert
- wie er den volkswirtschaftlichen Schaden einschätzt (fehlende Steuerbeträge, Lohndumping etc.), der durch diese ungelöste Situation entsteht
- und ob er in der Genfer Initiative Vorteile für einen Stadtkanton - wie z.B. Basel-Stadt - sieht. Wenn ja: könnte er sich beim Bund in ähnlicher Weise wie der Kanton Genf einsetzen?

Karin Haeberli Leugger, Brigitta Gerber, Oswald Inglin, Doris Gysin, Urs Schweizer, Helen Schai-Zigerlig, Christine Keller, Matthias Schmutz, Rolf Stürm, Talha Ugur Camlibel, Katharina Herzog, Markus Benz, Beat Jans, Anita Lachenmeier-Thüring, Eveline Rommerskirchen, Jan Goepfert